

Was könnte die europäische Desintegration wieder umkehren?

■ STEPHAN SCHULMEISTER

Beginnen wir mit einer kurzen Rekapitulation. Ein dreifaches Lernen aus der Katastrophe der Zwischenkriegszeit förderte die europäische Integration nach 1945:

- Der seit dem 19. Jahrhundert in Europa stärker werdende Nationalismus und seine verheerende Eskalation in zwei Weltkriegen festigte die Überzeugung eines „Nie wieder“ bei den politischen Eliten Europas, insbesondere bei den „Erbfeinden“ Deutschland und Frankreich. Die europäische Einigung sollte ein Friedensprojekt sein.
- Die Aufarbeitung der Weltwirtschaftskrise führte zu einer Neuordnung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Feste Wechselkurse, stabile Rohstoffpreise, niedrige Zinssätze, Regulierung der (internationalen) Finanzmärkte, Liberalisierung der Gütermärkte lenkten die kapitalistische „Kernenergie“, das Profitstreben, auf realwirtschaftliche Aktivitäten. Wirtschaftswunder fand statt: Bereits um 1960 wurde Vollbeschäftigung erreicht.
- Die Klassenkämpfe der 1920er und 1930er Jahre und die Katastrophe des Faschismus förderten die Kooperation zwischen Realkapital und Arbeit. In einem großen Kompromiss behielten die Unternehmer die Dispositionsmacht in den Betrieben, dafür wurden die Gewerkschaften mit steigender Beschäftigung und einen stetigen Ausbau des Sozialstaats „belohnt“. Letzterer wurde zusätzlich durch den „Kalten Krieg“ gefördert (es brauchte einen „Kapitalismus mit menschlichem Gesicht“).

Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) und ihrer schrittweisen Vertiefung und Erweiterung wurde der Integrationsprozess vorangetrieben. Zwar wurde dieser Prozess durch den Primat des

Ökonomischen geprägt, das gemeinsam Europäische war der Markt, doch dies wurde dadurch ausgeglichen, dass sich in den einzelnen Ländern die Kombination von (realkapitalistischer) Marktwirtschaft und umfassendem Sozialstaat zum Europäischen Sozialmodell weiter entwickelte (wenn auch in national unterschiedlichen Ausprägungen).

Stolz auf Europa

Dieses Gesellschaftsmodell knüpfte an Traditionen an, welche sich in Jahrhunderten entwickelt hatten: Eingebundenheit in Verbände wie Zünfte oder Gewerkschaften und das Ziel, individuelle und soziale Freiheit nach dem Gedanken der Französischen Revolution, „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, zu integrieren, haben die Suche nach einem „passenden“ Gesellschaftsmodell entscheidend geprägt. Der hohe Stellenwert des Sozialen im Europäischen Modell entspricht daher spezifisch europäischen Grundwerten.

In den USA als einem Land der Eroberer, Einwanderer und Abenteurer haben umgekehrt das individuelle Glücksstreben („pursuit of happiness“) und damit auch die räumliche, soziale und berufliche Mobilität höchsten Stellenwert. Arbeitnehmerparteien oder Gewerkschaften konnten sich nicht entwickeln, der Sozialstaat ist nur rudimentär ausgeprägt.

Befragt, worauf sie in Europa stolz sind, nennen bzw. nannten die BürgerInnen bei Umfragen regelmäßig das sozialstaatliche Gesundheitssystem, das öffentliche Bildungswesen, die Daseinsvorsorge durch



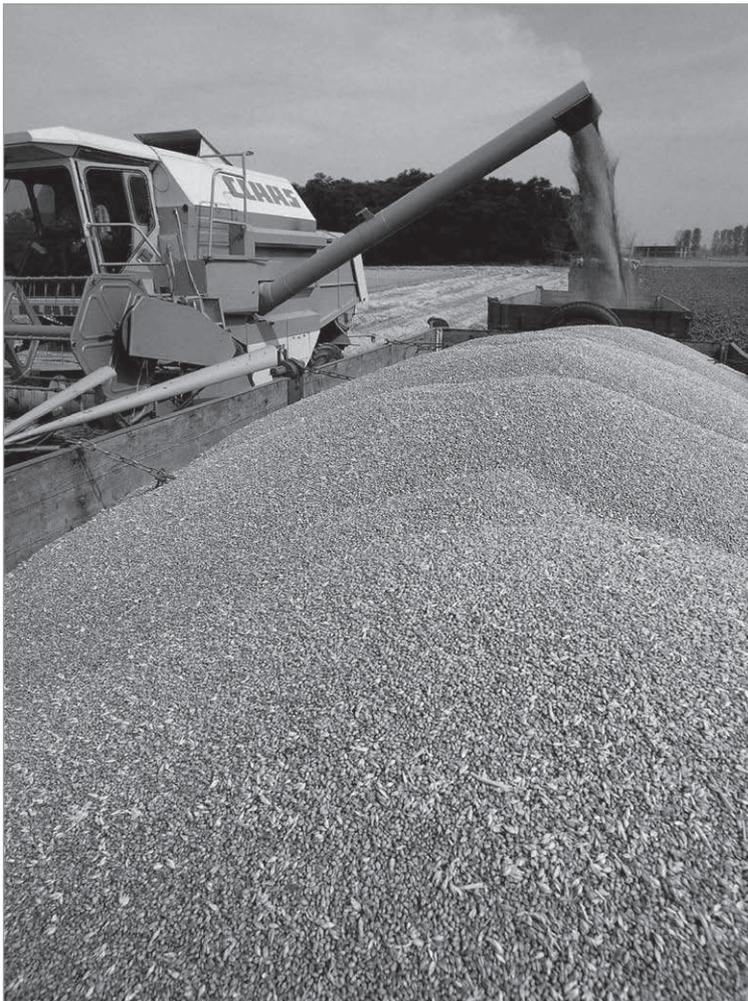
Stephan Schulmeister ist seit 1972 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Wissenschaftsforschung WIFO.



Stephan Schulmeister
Mitten in der großen
Krise. Ein »New Deal«
für Europa
Edition Gesellschaftskritik,
Band 7
160 Seiten, gebunden
ISBN 978-3-85452-586-8
9,90 Euro inkl. MWSt.
Auch als E-Book erhältlich.

■ Enormes Absturzpotenzial durch „Bullenmärkte“.

Weizen als Spekulationsgut?



(halb)staatliche Einrichtungen und die Systeme der sozialen Sicherheit. In dieser Haltung kommt auch die Abgrenzung gegenüber dem US-amerikanischen Modell zum Ausdruck.

Seit den 1970er Jahren entwickelte sich ein Widerspruch zwischen den ökonomischen Rahmenbedingungen und den Anforderungen des Europäischen Sozialmodells. Die Aufgabe fester Wechselkurse, die Entwertung des US-Dollar, die beiden nachfolgenden Ölpreisschocks samt Rezessionen, der Anstieg des Zinsniveaus, der Boom der Finanzinnovationen (Derivate) seit den 1980er Jahren, die zunehmenden Gewinnchancen von Finanzspekulation verlagerten das Gewinnstreben von der Real- zur Finanzwirtschaft. Ideologische Basis dieser Entwicklungen war der Neoliberalismus, der auf der Ebene der politischen Auseinandersetzung Sozialstaaten und Gewerkschaften frontal angriff und auf

der Ebene der Wirtschaftswissenschaften für eine vollständige Liberalisierung der Finanzmärkte eintrat.

Das Europäische Modell in der Krise

Der Übergang von real- zu finanzkapitalistischen Systembedingungen verursachte in Europa einen wesentlich stärkeren Bruch in der gesellschaftlichen Entwicklung als in den USA; denn einerseits lassen sich die in Jahrzehnten aufgebauten Institutionen des Sozialstaats nicht einfach wieder abbauen, andererseits setzt ihre Bewahrung ein kräftiges Wirtschaftswachstum und damit realkapitalistische Rahmenbedingungen voraus.

Da der Staat im Europäischen Modell mehr Aufgaben übernommen hat als in den USA, ließen die Halbierung der Wachstumsrate und der permanent darüber liegende Zinssatz die Staatsschulden rascher steigen als die Gesamtproduktion (BIP). Gleichzeitig bewirkte die stetige Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte, dass die Arbeitsproduktivität in Europa langfristig stärker stieg als in den USA. Unter diesen Bedingungen machte die nachhaltige Wachstumsdämpfung jede nennenswerte Beschäftigungsausweitung unmöglich. Dies schwächte die Finanzierung der Sozialsysteme und diente den neoliberalen Kritikern des Europäischen Modells als Argument für ihre beiden Hauptthesen: Der Arbeitsmarkt muss dereguliert werden und „wir“ können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten.

Im Zuge der Vorbereitung auf die gemeinsame Währung wurden die Institutionen der EU selbst immer mehr zu Vertretern der neoliberalen Forderungen nach Deregulierung und – wegen des „Sachzwangs“ des öffentlichen Sparens – nach Abbau des Sozialstaats. Damit nahm die Entfremdung zwischen den BürgerInnen in Europa und „ihrer“ Union immer mehr zu. Diese wurde in vielen Ländern durch nationalistisch-populistische Medien und Politiker vertieft.

All diese Tendenzen verstärken sich seit dem Beginn der großen Krise 2007. Zwi-

schen 2003 und 2007 hatte drei „Bullenmärkte“ (Aktien, Immobilien, Rohstoffe) ein enormes Absturzpotehtial aufgebaut. Dieses wird 2007 zunächst für Immobilien aktiviert, danach für Aktien und die Rohstoffpreise: Ab Sommer 2008 werden die drei wichtigsten Vermögensarten gleichzeitig entwertet (erstmal seit 1929). Die Unternehmen und Haushalte schränken ihre Nachfrage ein, das Staatsdefizit steigt. Zusätzlich werden enorme Finanzmittel zur Bankenrettung und Konjunkturstabilisierung aufgewendet.

Am stärksten steigen die Staatsschulden in jenen Ländern, wo eine Immobilienblase platzte (Irland, Spanien) oder wo die Budgetdefizite schon vor der Krise hoch waren (Griechenland, Portugal). Dies nützen die professionellen „Investoren“: Spekulation mit „credit default swaps“ (CDS) erhöht die Anleihezinsen dramatisch, in Griechenland auf 17%, danach in Irland und Portugal auf 12%, zuletzt von Spanien und Italien auf über 6%.

Die Zinsepidemie erzwang wiederum den Euro-Rettungsschirm. Dessen Hilfe wird an strenges Sparen geknüpft, die Wirtschaft der betroffenen Länder schrumpft. Deutschland und seine „Satelliten“ profitieren hingegen von niedrigen Zinsen und dem Boom in Asien. Die Spaltung innerhalb der EU vertieft sich, Deutschland verweigert gemeinschaftliche Lösungen wie Eurobonds, schließlich profitiert man von der Spekulation gegen die Südländer. An deren statt werden gefordert: Schuldenbremsen.

Notwendige Therapie

In dieser Situation braucht es systemische Therapien, welche die „Spielanlage“ verändern: Sie müssen das Gewinnstreben wieder auf die Realwirtschaft fokussieren. Voraussetzung dafür ist, dass die zwischen der Real- und Finanzwirtschaft vermittelnden Preise (im Raum: Wechselkurs, in der Zeit: Zinssatz) stabilisiert werden, und zwar entsprechend den Gleichgewichtswerten der (neoliberalen!) Wirtschaftstheorie (Zinssatz = Wachstumsrate, Wechselkurs = Kaufkraftparität). Ähnliches gilt für die Preise

erschöpfbarer Ressourcen, insbesondere von Erdöl (zumal sein Verbrauch Hauptursache des Klimawandels ist).

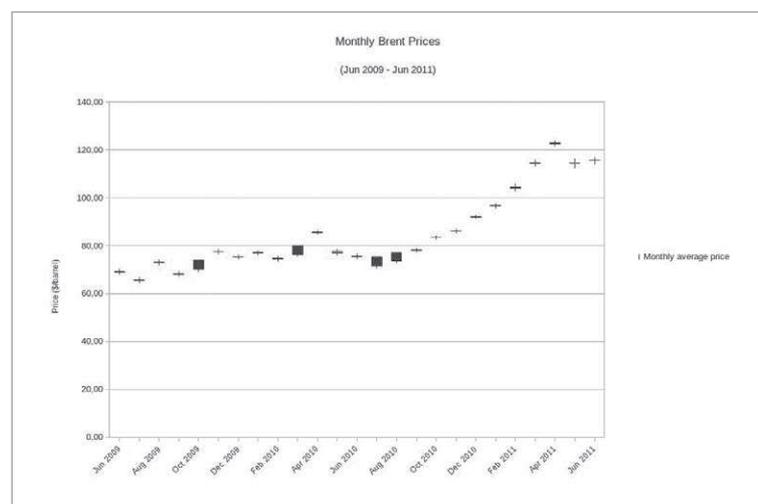
„New Deal“ für Europa

Welche Maßnahmen könnten den Implosionsprozess bremsen und als Komponenten eines „New Deal“ für Europa (relativ) rasch umgesetzt werden?

- Erstens: Umwandlung des Rettungsfonds (EFSF) zum „Europäischen Währungsfonds“ (EWF). Dieser stellt den Euroländern Finanzmittel durch Ausgabe von Eurobonds zur Verfügung. EZB und EWF legen gemeinsam deren Zinsniveau fest, und zwar etwas unter der erwarteten (nominellen) Wachstumsrate (derzeit auf 2% bis 3%). Gleichzeitig ist sicher gestellt, dass auch Deutschland keine höheren Zinsen als derzeit zahlen müsste. Die Kreditvergabe an die einzelnen Euroländer wird an strikte Bedingungen geknüpft („Konditionalität“). Die Gefahr einer neuerlichen Schuldenpolitik besteht daher nicht. Weltweit gäbe es nur mehr zwei Arten von Staatsanleihen mit großem Volumen, US-Bonds und Eurobonds. Da letztere überdies von allen 17 Mitgliedsländern garantiert werden, wird es an Nachfrage nicht mangeln.
- Zweitens: Öffentlich kundgemachte Vereinbarung zwischen den wichtigsten Notenbanken, die Wechselkurse innerhalb enger Bandbreiten zu stabilisieren.

■ **Deutschland verweigert gemeinschaftliche Lösungen wie Eurobonds, schließlich profitiert man von der Spekulation gegen die Südländer.**

Der Ölpreis: Die Marktkräfte schaffen keine effiziente Preisbildung



■ Die „Reichen“ reagieren nämlich auf Einkommensverluste nicht mit einer Einschränkung ihres Konsums, sondern ihres Sparens.

Stärkung der Arbeit und des Realkapitals



Dies hat in Europa zwischen 1986 und 1992 gut funktioniert, erst als die Bundesbank „ausstieg“, brach das System stabiler Kurse zusammen. Denn der Devisenmarkt ist dezentral organisiert, gegen deklarierte Wechselkursziele der Notenbanken kann ein einzelner Händler nicht an, verteidigen sie diese glaubwürdig, sind auch Herdeneffekte wenig wahrscheinlich.

- Drittens: Ankündigung und Umsetzung langfristiger Preis- und Lieferabkommen zwischen der EU und der OPEC zwecks Stabilisierung des Erdölpreises. Begründung: Laut (neoklassischer) Wirtschaftstheorie sollte sich eine erschöpfbare Ressource, die gleichzeitig Hauptursache des Klimawandels ist, stetig stärker verteuern als das gesamte Preisniveau. Die grotesken Schwankungen des Ölpreises zeigen: Die Marktkräfte schaffen keine effiziente Preisbildung. Der Ertrag notwendiger Investitionen in die Energieeffizienz wird so unkalkulierbar.
- Viertens: Verbot bzw. Einschränkung jener Praktiken der Finanzakrobaten, die erwiesenermaßen den Implosionsprozess beschleunigt haben wie etwa der exzessive Aufbau von „short positions“, insbesondere durch „naked CDS“.
- Fünftens: Einführung einer generellen Finanztransaktionssteuer in der EU oder auch nur im Euroraum. Diese dämpft

die schnellen Spekulationen und würde den öffentlichen Haushalten erhebliche Erträge bringen.

Lage der Staatsfinanzen konsolidieren

Diese fünf Maßnahmen sind Voraussetzung, um die Bedingungen für unternehmerische Aktivitäten in der Realwirtschaft zu verbessern, sie bilden die Grundlage für ein kräftiges und stabiles Wirtschaftswachstum. Damit dieses auch sozial und ökologisch nachhaltig ist, bedarf es einer Vielzahl anderer Maßnahmen.

Damit die Politik solche Schritte setzen kann, muss die Lage der Staatsfinanzen rasch und deutlich verbessert werden. Dafür gibt es nur einen Weg: Er muss den Einkommensstärksten, insbesondere den Besitzern großer Finanzvermögen, spürbare Konsolidierungsbeiträge abverlangen, und zwar aus ökonomischen Gründen: Die „Reichen“ reagieren nämlich auf Einkommensverluste nicht mit einer Einschränkung ihres Konsums, sondern ihres Sparens (im Gegensatz zu den Beziehern von Sozialleistungen). Mit diesen Mitteln soll eine expansive Gesamtstrategie finanziert werden, welche Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und Klimawandel „im Ganzen“ bekämpft.

„Finanzalchemisten“ in die Schranken weisen

Eine solche Strategie würde an die („realkapitalistische“) Tradition der Sozialen Marktwirtschaft anknüpfen, sie würde die Kooperation zwischen Unternehmen und Gewerkschaften stärken, die „Finanzalchemisten“ in die Schranken weisen, und sie würde so den Übergang zu einem realkapitalistischen System ermöglichen, in dem die Interessen von Arbeit und Realkapital Vorrang haben gegenüber den Interessen des Finanzkapitals.

Die wichtigsten Komponenten dieser Strategie habe ich in einem kleinen Buch näher beschrieben: „Mitten in der großen Krise. Ein ‚New Deal‘ für Europa“ (Picus Verlag, 9,90 €). ■